

Klage gegen die Stadt Wiesbaden vor dem Verwaltungsgericht wegen Baugenehmigung



Gegen die im Sommer erteilte Baugenehmigung durch die Bauaufsicht der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde nun die ausführliche Klageschrift an das Verwaltungsgericht Wiesbaden überstellt.

In einem Musterverfahren klagen 3 Hauseigentümer aus den Siedlungen Rosenfeld und Selbsthilfe gegen die Stadt wegen unrechtmäßig erteilter Baugenehmigung zur Erweiterung des Möbelmarktes Mann Mobilia um zusätzliche 24.000 Quadratmeter Verkaufsfläche.

Insbesondere der Neubau eines weiteren Mitnahmemarktes und der endgültige Kollaps der Verkehrssituation zwischen Biebrich und Schierstein sollen damit verhindert werden. Die Betroffenheit der Kläger und der Eingriff in deren Rechte durch einen solchen Mega-Möbelmarkt in einem bereits seit langem überlasteten Gebiet werden hinlänglich dokumentiert.

So lehnt die Stadt Wiesbaden bereits seit Jahren gewerbliche Ausdehnungen selbst in bestehenden Bauwerken mit dem ausdrücklichen Verweis auf diese Belastung ab. Unserem Rechtsanwalt liegt in einem anderen, dasselbe Gebiet betreffenden Fall, folgende Haltung der Bauaufsicht aus dem Frühjahr 2010 vor:

„Die Belastungen durch den Verkehr und Luftschadstoffe haben in der Äppelallee bereits die Schwelle der Lärmsanierungsgrenze erreicht. Die Wohngebiete sind aus städtebaulicher Sicht vor weiterer Belastung zu schützen.“

Die Stadt Wiesbaden konterkariert mit seinem durch das Wirtschaftsdezernat seit Jahren erklärten Wunsch nach Ansiedlung eines großen Möbelmarktes seine eigenen Aussagen. Das Baurecht wird so großzügig und **erkennbar rechtswidrig** ausgelegt, um diesen politisch gewollten Neubau gegen die Interessen seit 90 Jahren bestehender und besonders betroffener Wohngebiete mit rund 1.000 Anwohnern durchzusetzen. Dies war auch bereits im Jahr 2001 bei der Genehmigung der beiden Baumärkte der Fall.

Auch der Konzern XXXLutz zeigte keinerlei Rücksichtnahme, Bürgerinteressen bei der Neuplanung mit einzubeziehen. Im Gegenteil, soll nun auch der Bestandsbau in einem noch zu

genehmigenden 2. Bauabschnitt vollständig durch einen erweiternden Neubau ersetzt werden. Das durch den Bauherrn in Auftrag gegebene Verkehrsgutachten und ein Kreisel mitten in der Friedrich-Bergius-Straße liefert keinerlei glaubhafte Abhilfe für die bereits bestehenden Probleme. **Alternativen** zur Verkehrsführung hat die Stadt **nach eigenen Angaben erst gar nicht geprüft.**

Derzeit werden auf dem Gelände von Mann Mobilia Teilgebäude abgerissen, um Platz für den Erweiterungsbau zu schaffen. Unsere Klage soll im Eilverfahren einen Baustopp erwirken. Bis zur Entscheidung wurde das Gericht gebeten den Bauherrn aufzufordern, keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, mithin mit dem Neubau selbst nicht zu beginnen.

Die Klage wird unterstützt durch die Siedlergemeinschaft Rosenfeld und Selbsthilfe e.V. sowie die Initiative für mehr Lebensqualität – Biebricher gegen Verkehr XXL. Auch die Aktionsgemeinschaft Petersweg hat uns Hilfe zugesagt in Form einer Spende, die am 12.11.2012 im Rahmen unserer nächsten Bürgerversammlung übergeben werden soll.

Birgit Großer, Mario Bohrmann